



Karl-Heinz-Mrosek

Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im nächsten Monat, genau am 26. Februar 2010, begehe ich mein 40jähriges Dienstjubiläum. Von diesen 40 Jahren habe ich außer der Wehrdienstzeit von 15 Monaten sämtliche Dienstzeit als Hauptschullehrer in Gelsenkirchen verbracht. 37 Jahre von diesen 40 Jahren war ich Funktionär der GEW in Gelsenkirchen. Vor diesem Hintergrund kann ich heute nur sagen, **Mitglied der Gewerkschaft zu werden, ist zurzeit notwendiger denn je.**

Im Tarifbereich haben wir nun als GEW die Verantwortung und auch die Pflicht, für unsere Tarifbeschäftigten die Tarifverhandlungen alljährlich selber zu führen und dafür zu kämpfen, dass die Schere zwischen der Besoldung der Beamten und den Gehältern der Angestellten endlich wieder zusammengeführt wird. Das wird die GEW auch schaffen, aber nur mit der Unterstützung **aller** angestellten Lehrerinnen und Lehrer. Unter Unterstützung verstehe ich hier sowohl die Mitgliedschaft als auch die Bereitschaft in den Arbeitskämpfen zu ziehen um die gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen. Und volle Solidarität in diesem Zusammenhang erwarte ich von allen beamteten Lehrkräften in diesem Lande. Diese Solidarität lässt sich am Besten durch Mitgliedschaft ausdrücken. Es gilt: **GEW wichtiger denn je.**

Seit November 2009 regiert in diesem Lande die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel weiter. Dieses Mal mit der FDP. Was wir aufgrund der Koalitionsvereinbarungen wissen, hat die Koalition die finanzielle Plünderung des Staatswesens durch Steuersenkungen für Besserverdienende vorgesehen. Kommunen und Länder müssen mit erheblichen Steuereinbußen rechnen, **Verbesserungen im Bildungsbereich** werden nicht mehr finanzier-

bar sein. Hier heißt es für die Bildungsgewerkschaft GEW zu kämpfen, hier gilt es für alle Lehrkräfte mit zu kämpfen und auch hier gilt: **GEW wichtiger denn je.**

Am 9. Mai dieses Jahres werden wir Landtagswahlen haben. In Düsseldorf herrscht Schwarz-Gelb schon länger. Wir haben erlebt, dass Studiengebühren eingeführt wurden. Wir haben erlebt, dass die Durchlässigkeit unseres Schulsystems durch das 8jährige Gymnasium abgeschafft wurde, wir haben erlebt, dass die Lehrerausbildung zurückgefahren wurde, auf den Standard der 70er Jahre und wir erkennen, dass diese schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf glaubt, den Lehrernachwuchs vorrangig bei Akademikern, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, rekrutieren zu können. Die Seminausbildung, die diesen Lehramtsanwärtern dann zu Teil wird, wird zusätzlich bis auf 25 % des jetzigen Standards zurückgefahren. Gleichzeitig spricht man von individueller Förderung. Gleichzeitig verkündet man eine Qualitätsoffensive und gleichzeitig spricht man sogar von der „**Bildungsrepublik Deutschland**“. Die Mahnung der UNESCO, der Verpflichtung zur **Inklusion** nachzukommen, wird nicht beachtet. Auch hier gilt wieder: **GEW wichtiger denn je.**

Aber dann, im Juni wirds auch wieder Sommer. Ob nun mit Frau Sommer oder doch ohne? Man wird sehen. Doch ob Rot oder Grün ,ob Schwarz samt FDP, für den Bildungsbereich gilt: **GEW wichtiger, denn je.**

An dieser Stelle möchte ich Ihnen im Namen des GEW-Stadtverbandes noch einmal alles Gute fürs Neue Jahr wünschen. Dabei lassen Sie mich noch einmal klar sagen, alles Gute, dass ich Ihnen im dienstlichen Bereich wünsche wird nicht von alleine vom Himmel fallen, sondern ist nur gemeinsam mit der GEW zu erkämpfen.

Karl-Heinz Mrosek



**Einladung
zur Jahreshauptversammlung
Stadtverband Gelsenkirchen**

Termin: Mittwoch, 17. Februar 2010

18:00 Uhr

**Ort: DGB-Haus der Jugend
Gabelsbergerstraße 12,
45879 Gelsenkirchen
(direkt am Marktplatz/
Margarethe-Zingler-Platz)**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker! Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zum Grünkohlessen ein.

Tagesordnung:

1. Regularien

Tätigkeitsbericht / Kassenbericht/Entlastung des Kassierers

2. Schulentwicklungsplan SI in Gelsenkirchen – Gespräch mit Schuldezernent Dr. M. Beck

Der Vorstand

Hinweis:

Die diesjährige Personalversammlung für die Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen findet am 09.03.2009 in der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Gelsenkirchen-Erle statt. Einladungen durch den Personalrat ergehen gesondert.

**Einladung zur Fachgruppensitzung
Grund- und Hauptschule**

Thema: Das Leid mit der Stimme

Stimm-Workshop mit dem Logopäden
W. Grütthoff

Termin: 2. Februar 2010, 18:00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen.

**Bildungskonferenz Gelsenkirchen
Brief des Vorstands an OB Baranowski
und Stadtrat Dr. Beck**

Die Bildungskonferenz Gelsenkirchen am 20. November 2009 wird viel Kompetenz in Sachen Bildung, Erziehung, Kultur ... an einen Tisch bringen. Wünschenswertes und Bestehendes wird ein weiteres Mal brillant dargestellt werden, und umgehend den Stempel „mehr ist nicht bezahlbar“ erhalten.

So lassen Überlegungen, wegen der Tarifierhöhung für die Erzieherinnen und Sozialpädagogen die Betreuung der unter 3-Jährigen ab 2013 zu verwässern, nichts Gutes ahnen.

Die **GEW Gelsenkirchen fordert von der SPD Ruhr und CDU Ruhr**, deren Sprecher oder Vorsitzende aus Gelsenkirchen kommen, die drängenden Bildungsprobleme in einer Städtekooperation innerhalb der Metropolregion Ruhr beschleunigt und entschieden anzugehen. Dies ist aus unserer Sicht zwingend, um in der Sache Synergien zu erzielen sowie bei den lähmenden Finanzfragen die Durchschlagskraft gegenüber Bund und Land zu erhöhen. Dass Gelsenkirchen durchaus in der Lage ist, unorthodox und kurzfristig zu handeln, zeigt die Rettung von Schalke 04 mit über 25 Millionen Euro.

Gelsenkirchen hat seit 2005 lokal viel angepackt. Herr Baranowski und vor allem Herr Wittke als ehemaliger OB und Minister haben aber trotz der demografischen und finanziellen Lage der Stadt in den letzten Jahren nur **geringen Einsatz für Bildungs- und Kinderarmut im Ruhrgebietszusammenhang** gezeigt. So wurde gar am 22. Juni 2009 im RVR-Parlament ein zukunftsweisendes Konzept „Masterplan Bildung Ruhr“ für eine „Bildungsregion Ruhr 2018“ teils vom Tisch gewischt, teils auf die lange Bank geschoben. Die Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen werden mit dem Problemdruck weiter allein gelassen.

In Gelsenkirchen **greifen vor allem in sozial schwierigen Stadtquartieren die Maßnahmen wegen Unterfinanzierung bei weitem zu kurz**. Es fehlt der berühmte politische Gestaltungswille - anders als kürzlich bei der Rettung der „system-relevanten“ Banken. Die Überzeugung, dass die Zukunft eines erheblichen Anteils unserer Kinder eben auch systemrelevant ist, muss noch wachsen. Gelsenkirchen hat hervorragende Initiativen für Kinder und Familien entwickelt, die unter benachteiligten und benachteiligenden Bedingungen leben und aufwachsen.

Was hier aufgebaut wurde, findet sich in weiten Teilen im Memorandum Kinderarmut wieder, das im August 2009 vom DGB NRW, GEW NRW und Wohlfahrtsverbänden vorgelegt wurde. Das 10-Punkte-Programm fordert eine präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungssystems.

Karl-Heinz Mrosek Lothar Jacksteit
(Leitungsteam GEW Gelsenkirchen)

Alfons Kunze (AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet)

Antwortbrief von Dr. Beck:

... zunächst herzlichen Dank für das Interesse und Mitwirken der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an der Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft in Gelsenkirchen.

Herr Oberbürgermeister Frank Baranowski hat mir Ihr Schreiben mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet.

Zunächst wundert mich Ihre unbelegte Behauptung, es gäbe „Überlegungen, wegen der Tarifierhöhung für die Erzieherinnen und Sozialpädagogen (erstere ausschließlich weiblich, letztere ausschließlich männlich?) die Betreuung der unter 3-Jährigen ab 2013 zu verwässern“ und dies ließe nichts Gutes ahnen. Wer überlegt was?

Die Stadtspitze hat sich lediglich darauf festgelegt, das Anmeldeverhalten Gelsenkirchener Eltern ab Einführung des Betreuungsgeldes (von Kritikern als „Herdprämie“ bezeichnet) zu beobachten, um ggf. Fehlinvestitionen vermeiden zu können.

Ihre Argumentation bezüglich der Gelsenkirchener Situation erscheint mir sehr widersprüchlich. So betonen Sie, Gelsenkirchen habe „viel angepackt“ und „hervorragende Initiativen für Kinder und Familien entwickelt“, beklagen aber im gleichen Atemzug, die Maßnahmen würden „wegen Unterfinanzierung bei Weitem zu kurz“ greifen.

Liebe Kollegen Mrosek und Jacksteit! Ohne mein Team des Kommunalen Bildungsbüros und das Referat Bildung und Erziehung im Sinne von Eigenlob hervorheben zu wollen, kann man ganz sachlich feststellen, dass der Gelsenkirchener Ansatz „Bildung von Anfang an“ zu den best-practice-Beispielen im Land Nordrhein-Westfalen gehört und dies obwohl wir zu den Kommunen mit besonderen Strukturproblemen gehören.

Unser Weg ist der, zunächst „das eigene Haus zu bestellen“ (soweit uns das Land Nordrhein-Westfalen lässt) und in einem zweiten Schritt die Kooperationsstrukturen im Ruhrgebiet anzupacken. Dass uns auf dem Weg dahin interkommunale Zusammenarbeit nicht fremd ist, mögen Sie daran ablesen, dass es konkrete Überlegungen gibt, das von uns initiierte „Bildungsforum Ruhr“ wieder aufleben zu lassen sowie der Tatsache, dass wir uns an Kooperationsversuchen wie der vom DGB initiierten e. b. a. Entwicklungsgesellschaft für Erziehung, Bildung und Arbeit GmbH beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

gez. Beck

Tätigkeitsbericht AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

Lothar Jacksteit, Gerd Weidemann und Alfons Kunze aus Gelsenkirchen werden, neben anderen, nach vierjährigen intensiven Bemühungen die Projektarbeit mit der Landtagswahl im nächsten Jahr planmäßig beenden. Dank finanzieller und ideeller Unterstützung der meisten Ruhrgebietsuntergliederungen ist vieles erreicht. Aber der Durchbruch in der Sache ist bis jetzt nicht geschafft.

Die Verwaltung des Regionalverbands Ruhr (April 2009) und die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH (Oktober 2008) haben anspruchsvolle Vorlagen, in denen die Zielsetzungen der AG prominent enthalten waren, erstellt. Das Konzept wurde zunächst auch politisch einstimmig getragen, ist aber dann in den Wirren des Kommunalwahlkampfes vom RVR-Parlament teils vom Tisch gewischt, teils auf die lange Bank geschoben worden. Die AG bleibt am Ball:

Am 01. März 2010 findet im Plenarsaal beim Regionalverband Ruhr, Kronprinzenstraße 35, Essen ein Symposium statt (www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de)
Alfons Kunze

Netzwerke für mehr Bildung knüpfen

Janis Brinkmann

Bildungsdezernent Manfred Beck kennt den Unterschied: „Es gibt diese Show-Veranstaltungen mit vielen Fensterreden. Wir haben uns aber bewusst für eine Arbeitskonferenz entschieden.“ Becks Fazit nach der ersten Gelsenkirchener Bildungskonferenz fiel deutlich aus: „Wir müssen Bildung organisatorisch bündeln und mobilisieren.“

Der Startschuss für den Aufbau eines regionalen Bildungsnetzwerkes in Gelsenkirchen fiel gestern im Wissenschaftspark. Vertreter von Gruppen, die in der Stadt mit dem Bereich Bildung verbunden sind, trafen sich zum Gedankenaustausch. Dabei soll ein möglichst breites Bildungsgremium entstehen: „Wir wollen weg vom Zuständigkeitsdenken, hin zu mehr Verantwortungsdenken“, betonte Wolfgang Weber, Abteilungsleiter Schule bei der Bezirksregierung Münster. Ein zentrales Ziel sei auch die stärkere Zusammenarbeit von Stadt und Kommune. Vorhandene Netzwerke sollen gestärkt und dabei Doppelstrukturen vermieden werden. „Die können wir uns in Zeiten des Nothaushaltes auch gar nicht mehr leisten“, sagte Weber.

Auf die Brisanz des Themas Bildung machte auch Referatsleiter Alfons Wissmann aufmerksam: „Kinder und Jugendliche sind ein dramatisch knappes Gut.“ Mit dem Faktor Bildung stehe und falle auch der Wert des Standortfaktors Gelsenkirchen.

Nachdem verschiedene Arbeitsgruppen den ganzen Tag über aktuelle Bildungsthemen diskutiert hatten, blicke Manfred Beck hoffnungsvoll in die Zukunft: „Wir wollen uns in einem Jahr fragen: Welche Maßnahmen sind wie umgesetzt worden?“

WAZ, 21.11.2009

Herausforderungen an Gelsenkirchen und das Ruhrgebiet

demografische Entwicklung 2010 - 2030

- sinkende Bevölkerung: von 261.134 auf 234.040 (minus 11,8 %)
- weniger Kinder von null bis zehn: Im Ruhrgebiet sinkt die Zahl von 446.000 um 61.000 auf 385.000.
- mehr über 60-Jährige: Im Ruhrgebiet steigt die Zahl von 1,37 Mio auf 1,73 Mio.
(Quelle: Bevölkerungsvorausberechnung, RVR-Datenbank)

arme Kinder und Jugendliche in Gelsenkirchen

fast 14.000 Kinder leben von Hartz IV (ca.. 33 %)

- 5.748 im Alter von null bis sechs
- 5273 im Alter von sieben bis dreizehn
- 698 im Alter von vierzehn
- 2.245 im Alter von fünfzehn bis siebzehn (Quelle: Integrationszentrum für Arbeit)

Konsequenz: In Gelsenkirchen gibt es erhebliche soziale Einflüsse auf Gesundheit, Bildungsstand und Entwicklungschancen von Kindern.

Vorschulkinder mit Defiziten in der Sprachentwicklung

- 800 der teilnehmenden 2.162 Kinder (37 %) brauchen zwei Jahre vor der Einschulung eine Förderung ihrer Sprachfähigkeit (Lernstandserhebung „Delfin“ (Sommer 2008) (Quelle: WAZ Gelsenkirchen, 28.11.2008)

Schülerzahlen mit Ausländeranteil

- 1.101 von 2.036 Erstklässlern (54,1 %) haben einen Migrationshintergrund
(Quelle: Schülerjahresstatistik Schuljahr 2008/2009 der Stadt Gelsenkirchen)

Jugendliche ohne Schulabschluss

- 13,1 Prozent im Durchschnitt 2002 bis 2007
- 9,8 % im Jahr 2008 (Quelle: WAZ Gelsenkirchen, 03.10.2009)

Analphabeten

- 13.400 Menschen in Gelsenkirchen sind funktionale Analphabeten (Schätzung, in WAZ Gelsenkirchen vom 09.09.2009)

Ganztag und Kindertagesstätten

Dürftige Ressourcen angesichts der Aufgaben und Herausforderungen:

- Offener Ganztag: Das Land NRW hat seit dem Start vor 6 Jahren finanziell nicht aufgestockt. Das Projekt ist unterfinanziert, obwohl die Stadt mehr zahlt, als sie müsse. (Dezernent Dr. Beck, WAZ 17.06.2009)
- Familienzentren: Es gibt 21 Familienzentren in Gelsenkirchen. 2012 sollen es 40 sein. (Mai 2009)

Kommunalfinanzen– Städte in der Vergeblichkeitsfalle

Die Städte des Ruhrgebietes sind mit ca. 17,8 Milliarden Euro verschuldet. Es gibt keine Möglichkeit, diese Abwärtsspirale aufzuhalten, geschweige denn umzukehren. Sparkommissare, Haushaltskonsolidierungen oder – sicherungskonzepte können die strukturellen Defizite nicht aufheben. Alles was geschieht, ist eine weitere Umdrehung an der Schraube des ‚Kaputt-Sparens‘. ohne dass die strukturellen Probleme angegangen werden. Soziokulturelle Ungleichheit zu überwinden klappt nicht mit weiterer Flickschusterei und Mängelverwaltung.

Leistungen Gelsenkirchens

- Gelsenkirchen wird als erste Stadt im Ruhrgebiet für ihre Bildungsarbeit als **UN – Dekadenstadt** ausgezeichnet.
- Zusammenführung von Jugend- und Schulverwaltung im Referat „Bildung und Erziehung“ Stützsysteme wie: a) Modellprojekt „Bildungsoffensive für von Armut betroffene Schüler in Gelsenkirchen“ (Träger: Caritas, Katholische Jugendsozialarbeit, Stadt) b) „Die 2. Chance“ für Schulverweigerer
- Bildungsbegleitung ab der Geburt (Information über Geburtsvorbereitungskurse, mehrsprachige Broschüren, Begrüßungsbesuche nach der Geburt des ersten Kindes, Gelsenkirchener Elternschule, Eltern-Kind-Treffs, Entwicklungsbegleiter
- Einsatz interkultureller Fachkräfte, regelmäßige Hausbesuche, anonymisierte Elternbefragungen, Fortbildung für Erzieherinnen durch die Stadt
- Konzept „Sprachförderung in städtischen Kitas“
- Sprachcamps
- Integrationskonzept
- Projekte „zuGEwandert“ „Erlebnisreisen“ „Kampagne Lesestart“
- „Entdeckungen im Zahlenland“
- Zertifizierung als „Bewegungskindergarten“
- Jedem Kind ein Instrument

Welche Zielvorstellungen verfolgt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft?

Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien bedürfen einer besonders intensiven Förderung. Kinder sollten generell gezielter und früher gefördert werden. Es muss mehr in qualitative Betreuung in der frühen Kindheit investiert werden (OECD-Kinderbericht, September 2009).

Will man die Idee der **Chancengleichheit** auch für die Kinder aus problematischen Wohnquartieren und gleichzeitig die **Zukunftsfähigkeit Gelsenkirchens innerhalb des Reviers** ernsthaft vorantreiben, so ist über die o. g. vielfältigen und hervorragenden Aktivitäten hinaus und neben den Bestrebungen nach Veränderung der Schulstruktur sowie dem Ausbau der Ganztagschule für die GEW das Folgende unabdingbar:

- Die **prägenden Entwicklungsjahre** zwischen 0 – 5 und zwischen 5 – 10 sind - wenn nötig – **präventiv und optimal zu nutzen**. Es bedarf des Paradigmenwechsels, weil Prävention die oft zu späte und

teure Krisenintervention vielfach überflüssig machen kann. Das sollte in Form einer Präventionskette geschehen.

- Intensive Frühförderung verhindert bei einer Vielzahl von Kindern den **Teufelskreis von Anrengungsarmut, Motivationsverlust und Perspektivlosigkeit**. Die Kompetenzen für schulisches Lernen werden entscheidend verbessert, die **Zahl der Bildungsverlierer und Schulversager deutlich verringert**.
- Wir brauchen dringend ein **regional abgestimmtes Konzept zur Frühförderung**, das auf Vorhandenem aufbauend **Transparenz, Transfer, Kooperation, Vernetzung und damit Synergien** schafft. Nicht kleinteiliges Planen und Handeln bringt den Fortschritt, sondern **Zusammenarbeit in der Metropolregion**.

Was sind die nächsten anstehenden Schritte?

- Wir ermuntern die **Verwaltung des RVR und die Metropole Ruhr GmbH**, das Thema Bildung/ Frühförderung auch weiterhin energisch zu verfolgen.
- Wir fordern das neu zusammengesetzte Parlament des RVR auf, nun endlich für den Masterplan Bildung Ruhr **Strukturen** zu entwickeln, und eine **seriöse Regional - und Finanzplanung** vorzunehmen.
- Gelsenkirchen muss **Vorreiter unter den Kommunen** des Reviers sein, bewusst als Teil der Region agieren.
- Die Abgeordneten **Gelsenkirchens und des Ruhrgebietes**, die auf **Landes- und Bundesebene** tätig sind, müssen deutlicher als bisher in die hiesigen Belange und Relevanzen eingebunden werden. Föderales Denken und Handeln darf nicht die Lösung drängender Probleme verzögern oder gar verhindern.
- Über das bisher erreichte durchaus beträchtliche Maß hinaus sollten sich die zivil-gesellschaftlichen Gruppierungen für die Thematik engagieren und gewissermaßen **als Katalysatoren** tätig sein.

Und die Frage der Ressourcen?

- Der Paradigmenwechsel (mehr Prävention, weniger Intervention) **kostet zunächst eine Menge Geld**. Mittel- bis langfristig sind jedoch **deutliche Einspareffekte** zu erwarten.
- Der Anfang kann mit **Eigenmitteln** des RVR, der Metropole Ruhr bzw. der einzelnen Kommunen gemacht werden. Es gilt – so weit irgend möglich - Ressourcen zu verlagern und optimiert einzusetzen.
- In einem erweiterten Ansatz sind Mittel der anderen staatlichen Ebenen bzw. der europäischen Union einzuwerben, denn ein **abgestimmtes Bildungs-, Finanzierungs- und Sozialstaatskonzept** – welches uns unerlässlich erscheint – ist nur durch

Zusammenarbeit aller drei staatlichen Ebenen im Hinblick auf Kinder- und Bildungsarmut zu erreichen.

- Die Städte des Ruhrgebietes allein stecken hier mit über 17 Milliarden Euro Schulden in einer **Vergeblichkeitsfalle**. Sie haben in der Regel einen **hohen Sozialbelastungsindex**. Wo das meiste Geld für Bildung und Betreuung gebraucht wird, fehlt es am allermeisten.
- Eine Modellrechnung für eine Förderkette null bis zehn geht von ca. 8.400 Euro pro Kind in zehn Jahren aus (siehe Anlage).
- Die GEW fordert als Grundlage für eine umfassende Lösung im Bildungsbereich die **Aufstockung der öffentlichen Finanzmittel von 4,8 % auf zunächst 5,4 %** des Bruttoinlandsproduktes.

Anlage: Modellrechnung für eine „Förderkette 0-10“

„Vor dem Hintergrund der dargestellten Ausgangslage kommt es darauf an, bildungsbenachteiligte Familien möglichst früh zu erreichen und für die Kinder eine kohärente Förderkette von der Geburt an bis zum Alter von etwa zehn Jahren bereitzustellen. Ein solches Projekt muss zum einen Steuerungsstrukturen, zum anderen verschiedene Module von Leistungen enthalten (beispielsweise Screening nach der Geburt, Elternbegleitprogramme mit Hausbesuchen und persönlicher Beratung, qualitativ erweiterte Ganztagsangebote in Kita und Grundschule).

Personalplanung und Finanzierung sind angelegt auf einen hoch belasteten Stadtteil mit ca. 20.000 Einwohnern und etwa 180 Geburten pro Jahr. Hier sollte jedes dritte oder vierte Kind, also 50 bis 60 Kinder pro Jahrgang in ein systematisches Förderprojekt integriert werden. Sind alle Altersgruppen von null bis zehn einbezogen, sind 500 bis 600 Kinder mit ihren Familien unterstützt.

Die Kosten betragen pro Jahr/ pro Kind 831 Euro, in 10 Jahren 8311 Euro. Für den Stadtteil sind in 10 Jahren 457.100 Euro zu finanzieren.

Das Projekt zielt darauf, später einsetzende und kostenintensivere Leistungen zu vermeiden. Eine flächendeckende Umsetzung des Ansatzes „Förderkette“ wäre von hohem volkswirtschaftlichem Nutzen: Kommt ein höherer Anteil von Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten Schichten als bisher zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Berufsintegration, stellt die Förderkette eine volkswirtschaftliche Investition mit hohen Rückflüssen in den Wirtschaftskreislauf dar.

Dr. Sybille Stöbe-Blossey, Institut für Arbeit und Qualifikation, Abteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel an der Universität Duisburg – Essen

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59, 44653 Herne

Auflage: 4.000 Exemplare

Unterrichtsversorgung: Landesbedienstete und Schule – desaströse Bilanz –

*Aus der Landesverwaltung in den Schuldienst
- Ein Desaster –*

Die Landesregierung nennt im Landtag Zahlen zu dem mit großem (publizistischem) Aufwand betriebenen Projekt, das Landesbedienstete in den Schuldienst wechseln sollen und so ihren Beitrag zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zum Stellenabbau in der übrigen Landesverwaltung zu leisten. Wir nennen drei Zahlen. Von den 125 Landesbediensteten, die zum Schuljahresbeginn 2007/2008 Ihren Dienst an einer Schule in NRW angetreten haben, wurden 93 Personen in eine Lehrerlaufbahn übernommen. Von diesen 125 Landesbediensteten sind inzwischen 47 ausgeschieden. Es verbleiben 78. Zahlen lügen nicht.

Red.

Kinderschutz

*Thema der Fachgruppensitzung Grund- und
Hauptschulen am 03.11.2009*

Am 03.11.2009 fand eine Fachgruppensitzung zum Thema Kinderschutz statt. Als Referenten zu der Neuregelung im Schulgesetz § 42 Absatz 6 konnten wir Herrn Paul und Herrn Frings vom Referat Bildung und Erziehung gewinnen, die beide im Bereich Kinderschutz tätig sind.

Herr Paul berichtete, dass die Entzüge elterlicher Sorge zugenommen hätten und die Anzeigebereitschaft größer geworden sei.

Nach wie vor schreitet das Jugendamt umgehend bei Gefahr ein.

Laut Gesetz sind nun alle, die mit Kindern zutun haben, verpflichtet, auf das Kindeswohl zu achten und bei Beobachtungen handelnd tätig zu werden. Die neue Kooperationsvereinbarung zur Regelung des Zusammenwirkens von Jugendhilfe und Schule liegt allen Schulen vor.

Der Klassenlehrer und die Schulleitung stehen in der Verantwortung, jedem Anschein von Kindeswohlgefährdung nachzugehen. Ihre Maßnahmen müssen sie dokumentieren.

In einem Team, bestehend aus Klassenlehrer, Schulleitung, evtl. Sonderpädagoge/OGS Leitung/Beratungslehrer oder einem anderen Lehrer, der das „Kind gut kennt“ wird eine Gefährdungsbeurteilung abgegeben und die Gefährdung unter Abwägung aller Beobachtungen abgeschätzt. Das Team berät über weitere Maßnahmen. Die Sorge-

berechtigten sind auf Hilfen zur Erziehung und andere Hilfsangebote hinzuweisen und in weitere Maßnahmen einzubeziehen, sofern dadurch das Kindeswohl nicht gefährdet erscheint.

Bei akuter Gefahr muss die Schule eine Meldung an das Jugendamt absetzen. Die E-Mail Vorlage hat jeder Schulleiter in Gelsenkirchen auf dem Dienstrechner. Diese E-Mail erhalten mehrere Personen im Jugendamt umgehend, teilweise auf ihrem Handy und werden sofort tätig.

Diese E-Mail soll nur als „Notruf“ abgesetzt werden. Das Jugendamt steht zur Beratung allen Lehrern weiterhin wie gewohnt zur Seite und unterstützt schulische Maßnahmen.

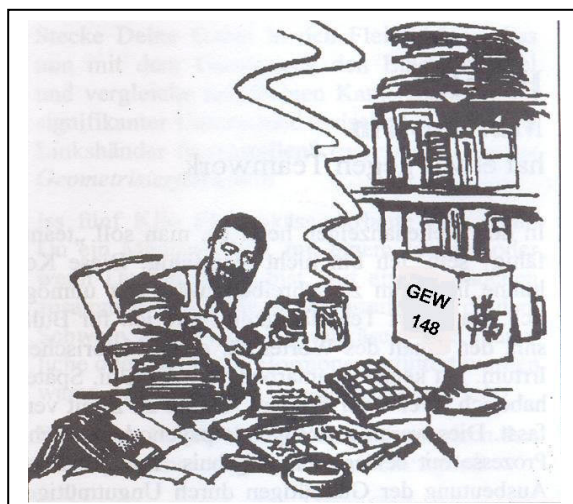
Bei erkennbarer Gefahr oder wenn ein Kind dies wünscht, müssen Lehrer Kinder in Obhut nehmen, auch gegen den Willen der Sorgeberechtigten. Das Jugendamt ist umgehend zu informieren.

Auf die neuen Regelungen können weitere Institutionen hingewiesen werden, so dass ein Austausch mit Ärzten und Beratungsstellen möglich ist.

Das Jugendamt gibt dem Schulleiter umgehend Rückmeldung und es wird mit den Beteiligten eine Fallkonferenz durchgeführt, um weitere Schritte zu beraten und alle wesentlichen Beobachtungen und Maßnahmen zu dokumentieren.

Im Gespräch konnten alle Anwesenden Fragen stellen und über Handlungsmöglichkeiten von Lehrern diskutieren.

Marion Appold



Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88,
45899 Gelsenkirchen

**Redakteur
(verantwortl.):** Karl-Heinz Mrosek

**verantwortl.
i.S.d.P.:** Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Fotos: Margret Schröer

Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit 14. Februar 2008 -10. Dezember 2008

- ∇ Die Jahreshauptversammlung fand am 4. Februar 2009 statt.
 - ∇ Anzahl der Mitglieder: 1.030 (aktuell)
 - ∇ Im Berichtszeitraum fanden 7 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:
 - Nachbereitung der Tarifarbeit des Stadtverbandes
 - 28.01.2009 Warnstreik in Düsseldorf
 - 05.02. und 10.02.09 Warnstreik
 - Aktualisierung der Homepage
 - Zusammenarbeit SV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
 - Aufbau einer „Datei“ Gleichstellungsbeauftragte in Gelsenkirchen
 - Bericht über die 4 Warnstreiktage, höchste Beteiligung am 05.02.2009
 - Nachbereitung der Tagung „Identifikationsfindung am 02.03.2009
 - Bericht über die Untergliederungsversammlung zum Thema „Lehrerrat“
 - Planung Fortbildung „Lehrerräte“ am 13.05.2009
 - Bericht zur AG Masterplan Bildung Entwicklung der Programmatik
 - Bildung eines Angestelltenausschusses am 26.08.2009 im DGB-Haus der Jugend, konstituierende Sitzung
 - ∇ Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:
 - Theaterabend mit Jubilarehrung am 19. November 2008
 - Tarifkonferenz am 12. November 2008
 - Fortbildung Lehrerräte am 13.05.2009, 11. und 25. November 2009
 - Jahreshauptversammlung OV Gladbeck 08.06.2009
 - ∇ Versand an Schulen:
 - Informationen Masterplan Bildung Thema Ruhrgebiet
 - Unterstützung der Aktion Tagwerk durch Weiterleitung der Broschüre „Dein Tag für Afrika
 - Schulinfo über zusätzliche Konferenz- und Beratungstage vor Zeugnisterminen
 - Schreiben an alle angestellten Mitglieder zur Vorbereitung auf Streiks
 - Info zum Stand der Tarifverhandlungen
 - Bekanntgabe des 1. Warnstreiktermins 28.01.2009
 - Aufruf zu Warnstreiks am 5. und 10. Februar 2009
 - Tarifinfo Nr. 4 Thema „Länder machen kein Angebot“
 - Tariftelegramm „Ergebnisse der Verhandlungen“
 - Tarifinfo Nr. 6
 - GE-W 146 extra
 - Info an alle Mitglieder des OV Gladbeck
 - Versand der Lehrerkalender am 16.06.2009
 - Info Lehrerrat-Fortbildung
 - Versand GE-W extra „Tarifrunde 09“
 - Einladung zur Bildung eines Angestelltenausschusses
 - Musterbrief „Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Probe“
 - Mitarbeiter-Info zur Höchstgrenze für Verbeamtung
 - Einladung zur Mitgliederversammlung/Jahreshauptversammlung des OV Gladbeck am 08.06.2009
 - Info Mehrarbeitsvergütung
 - GEW-Broschüre „Gleichstellung in der Schule“(Lego)
 - Tarifinfo Nr. 8
 - Info neuer Vorstand OV Gladbeck
 - Schreiben von Felix Volmer an alle Schulen – Abfrage von VL-Daten zur Vervollständigung der Dateien
 - Einladung zur Jubilarehrung 18.11.2009
- ∇ Stadtverbandszeitungen GE-W 147 und GE-W 148
 - ∇ Diverse Pressemitteilungen



Foto: Margret Schröder

Jubilare: Rolf Kleine-Nieße, Madeleine Schroeter, (40 Jahre), Dieter Brinker, Hiledgard Froeder, Claudia Gertz-Rybarski, Bärbel Hartmann, Annette Hülsiek, Cordula Lippe, Uwe Moeller, Dorothea Plate Pereira, Rüdiger Schrade-Tönnissen, Ulrike Tönnissen, Roswitha Vasmer-Flüchter, Eva Wannek, (25 Jahre)

Inklusion: eine Verpflichtung zum Systemwechsel

Deutsche Schulverhältnisse auf dem Prüfstand des Völkerrechts

In der deutschen Öffentlichkeit ist der Begriff Inklusion noch weitgehend unbekannt und selbst in pädagogischen Kreisen herrscht erstaunlich viel Unsicherheit darüber, was eigentlich damit gemeint ist.

Von Inklusion ist meistens im Zusammenhang mit der Integration von Behinderten die Rede. Die „Schrägstrich-Bezeichnung“ Integration/Inklusion ist so verbreitet, dass der falsche Rückschluss gezogen werden könnte und tatsächlich auch gezogen wird, Inklusion sei mehr oder weniger dasselbe wie Integration und bezöge sich ausschließlich auf die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Integration = Inklusion?

Die *Integration* unterscheidet zwischen Kindern mit und ohne „sonderpädagogischem Förderbedarf“. Die *Inklusion* geht von der Besonderheit und den individuellen Bedürfnissen eines jeden Kindes aus. Während die integrative Pädagogik die Eingliederung der „aussortierten“ Kinder mit Behinderungen anstrebt, erhebt die inklusive Pädagogik den Anspruch, eine Antwort auf die komplette Vielfalt aller Kinder zu sein.

Sie tritt ein für das Recht aller Schüler und Schülerinnen, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft miteinander und voneinander in „einer Schule für alle“ zu lernen. Kein Kind soll ausgesondert werden, weil es den Anforderungen der Schule nicht entsprechen kann. Im Gegensatz zur Integration will die Inklusion nicht die Kinder den Bedingungen der Schule anpassen, sondern die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler ausrichten.

Während in anderen Ländern die Inklusion längst auf der Agenda staatlicher Bildungspolitik steht und inklusive Bildung international als pädagogischer Auftrag von Schulen verstanden wird (s. UNESCO-Weltministerkonferenz in Genf), hat die deutsche Bildungspolitik maßgeblich für Unwissenheit gesorgt und sich selbst unwissend gestellt.

Inklusion – Auftrag der UNESCO

Spätestens nach der Erklärung von Salamanca, die auf der UNESCO-Weltkonferenz „Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugang und Qualität“ 1994 unter Beteiligung der Bundesregierung abgegeben wurde, hätte die deutsche Politik zumindest den Forderungsgehalt der Erklärung verbreiten und eine Debatte über die pädagogischen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Implikationen des Inklusionskonzeptes initiieren müssen. In dem von der Bundesrepublik mit unterzeichneten UNESCO-Dokument wurden alle Regierungen aufgefordert, ihre Schulsysteme so zu verbessern, dass Bildung für alle in inklusiven Schulen verwirklicht wird, die niemanden ausschließen, sondern alle einbeziehen, und mit einer Pädagogik für besondere Bedürfnisse sowohl Kindern mit Behinderungen als auch allen anderen in Anerkennung ihrer Verschiedenheit gerecht werden.

In dem ebenfalls beschlossenen „Aktionsrahmen“ wurden der menschenrechtsbasierte Ansatz und die gesellschaftspolitische Zielsetzung der „Pädagogik für besondere Bedürfnisse“ eindeutig benannt. Sie „geht davon aus, dass menschliche Unterschiede normal sind, dass das Lernen daher an das Kind angepasst werden muss und sich nicht umgekehrt das Kind nach vorbestimmten Annahmen über das Tempo und die Art des Lernprozesses richten soll. Eine kindzentrierte Pädagogik ist für alle Kinder und in der Folge für die gesamte Gesellschaft von Nutzen. Erfahrungen haben gezeigt, dass sie Drop-Out- und Wiederholungsraten, die ein wesentlicher Bestandteil vieler Schulsysteme sind, deutlich reduzieren kann und dass gleichzeitig ein höherer Leistungsdurchschnitt gesichert wird (...). Darüber

hinaus sind kindgerechte Schulen der Übungsreich für eine Gesellschaft, die sich am Menschen orientiert und sowohl die Unterschiede als auch die Würde aller Menschen respektiert.“



Dr. Brigitte Schumann

Frau Dr. Schumann hat sich bereit erklärt, auf der Personalversammlung Grundschule am 09.03.2010 zum Thema Inclusion zu referieren.

In der deutschen Übersetzung des Dokuments durch die österreichische UNESCO-Kommission wurde der für den Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen im deutschsprachigen Raum gebräuchliche Begriff „Integration“ als Entsprechung für den englischen Begriff „inclusion“ verwendet. Diese problematische Übersetzung ist allerdings keine hinreichende Erklärung dafür, dass bis heute die Philosophie der Inklusion in Deutschland bildungspolitisch ignoriert wird. Schließlich ließ nachfolgend die UNESCO in zahlreichen Zusatzveröffentlichungen nichts unversucht, um deutlich zu machen, dass mit dem Inklusionskonzept die Überwindung der in alten Strukturen und Mentalitäten verhafteten Integrationspraxis gemeint ist. Am Besten wird dies auf den Punkt gebracht in der Feststellung „Looking at education through an inclusive lens implies a shift from seeing the child as a problem to seeing the education system as a problem“ (UNESCO 2006).

Konnte die UNESCO-Erklärung noch als ein verbindliches Dokument angesehen werden, verpflichteten sich Bund und Länder mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im gleichen Jahr völkerrechtlich darauf, die Würde des Kindes und seine Subjektstellung in das Zentrum ihrer Politik zu rücken. Doch im Widerspruch dazu geht das Schulsystem bis heute mit seinen tief greifenden Selektionsmechanismen von den Interessen der Institutionen aus und verstößt damit fortgesetzt gegen den völkerrechtlichen Anspruch, vom Kind aus zu denken.

Deutsche Schulverhältnisse

Im angeblich begabungs- und leistungsgerechten System müssen sich Kinder und Jugendliche den bestehenden Schularten anpassen und dort jeweils

ihre rechtmäßige Zugehörigkeit durch Erfüllung normativer Leistungsanforderungen unter Beweis stellen. Kinder mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen werden durch ein Feststellungsverfahren zu Kindern mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ deklariert und nach Förderschwerpunkten kategorisiert. Ihre Integration in das Regelschulsystem ist im Schulrecht der Bundesländer unterschiedlich verankert. In einigen Bundesländern hat die Integration in die Regelschule sogar Vorrang vor der Sonderschule. In der Umsetzung ist Integration jedoch immer noch die Ausnahme, um die Eltern vor Ort meistens noch kämpfen müssen.

Die in diesem Feld engagierten Schulen und Pädagogen werden wenig unterstützt und eher entmutigt. Betroffenen Eltern und Kindern werden ständig fast unüberwindbare Barrieren in den Weg gestellt. Integration hängt ab von der Bereitschaft der Länder, die finanziellen und personellen Ressourcen bereitzustellen. Sie ist in der Regel angewiesen auf die Zustimmung der Schulaufsicht, der Schulträger und der Schulen. Lernzieldifferente Integration stößt nach der Grundschule auf die Grenzen des selektiven weiterführenden Schulsystems. Wegen der zumeist kümmerlichen Ausstattung orientieren sich zunehmend auch Grundschulen an dem Grad der Behinderung und nehmen nur die „leichteren Fälle“ auf. Die getrennte Ausbildung der Lehrer/innen und fehlende Fortbildungsangebote zementieren die defizitäre Situation.

Gegen den internationalen Trend werden in Deutschland laut KMK-Statistik 84,3 % der Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Erhebungsjahr 2006 getrennt unterrichtet. Während andere Länder Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen gemeinsam unterrichten, ist der Ausschluss aus dem Regelschulsystem für diese Gruppe in Deutschland so gut wie sicher. Fast 90 % dieser Schüler/innen gehören zur untersten sozialen Schicht. Unsere Schulstrukturen sorgen also perfekt dafür, dass die sozial randständigen Milieus von vornherein ausgegrenzt werden. Deutschland ist Spitzenreiter in der sozialen Exklusion von Kindern mit Behinderungen und sozialer Benachteiligung.

Im Übrigen belegt die KMK-Statistik, dass die Gesamtzahl der integrierten Schüler/innen mit Behinderungen bundesweit nur langsam angestiegen ist. Zudem ist problematisch, dass mit Ausnahme von Schleswig-Holstein trotz der sinkenden Schülerzahl im Regelschulsystem die Zahl der Schüler und Schülerinnen an Sonderschulen nicht gesunken, sondern angestiegen ist. Außerdem sorgt das föderale System dafür, dass die Segregations- bzw.

Integrationsquoten höchst unterschiedlich sind. Das Sonderschulrisiko für Kinder mit Förderbedarf ist in Bremen, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein ungleich geringer als z. B. in den gelobten deutschen „PISA-Ländern“ Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg.

NRW: Stagnation und Rückschritt

NRW gehört zu den Bundesländern, in denen die Inegration trotz der schulrechtlichen Verankerung des Gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen stagniert. Aus Stillstand droht Rückschritt zu werden. Im ganzen Land werden lediglich 11 % der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen integriert unterrichtet. Aber auch im Bundesland selbst gibt es erhebliche Unterschiede. Im Münsterland gibt es „weiße Flecken“, während Köln vergleichsweise eine Integrations-Hochburg darstellt. Aber überall werden Integrationskinder spätestens nach der Grundschule ausgebremst. Eltern müssen vor Ort um die Fortsetzung des gemeinsamen Lernens bangen und „Klinken putzen“. Der Zwangscharakter der Sonderbeschulung wird dadurch verstärkt, dass unter der neuen Landesregierung den Eltern kein Beschwerderecht mehr gewährt wird. Sie müssen gleich gerichtlich klagen, wenn sie mit der Sonderschulüberweisung nicht einverstanden sind.

Als Modellversuch sollen jetzt „Sonderpädagogische Kompetenzzentren“ an den Start gehen. In ihnen werden die in Sonderschulen und im Gemeinsamen Unterricht an Regelschulen tätigen Sonderpädagogen zusammengefasst. In der Zusammenarbeit mit den allgemeinen Schulen sollen Kompetenzzentren darüber entscheiden, welches Kind mit welchem Förderbedarf an welchem Ort gefördert wird. Offenbar möchte die Landesregierung die bestehenden sonderpädagogischen Systeme, Sonderschule und Gemeinsamer Unterricht, in der Hand der Sonderschulen Kosten sparend zusammenführen. Es ist nicht daran gedacht, dass die Sonderschulen zu Schulen ohne Schüler werden könnten – so ist also für den Erhalt der Sonderschule gesorgt.

Prävention soll angeblich durch die Einrichtung von Kompetenzzentren großgeschrieben werden. Bei den spärlich veranschlagten zusätzlichen Mitteln wirkt die Absicht wenig überzeugend. Und wäre sie wirklich ernst gemeint, dann würde es darum gehen, als erstes die Schulen für besonders benachteiligte Kinder, nämlich die Sonderschulen mit den Förderschwerpunkten Lernen, soziale und emotionale Entwicklung und Sprache, auslaufen zu lassen und die Personalressourcen bedarfsgerecht auf die Grundschulen zu verteilen. So geschehen in

Hamburg und ebenfalls geplant in Bremen und Sachsen-Anhalt.

Neue Perspektiven mit der UN-Behindertenrechtskonvention

In der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die am 13. Dezember 2006 von der UN-Vollversammlung beschlossen wurde, ist das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen in Artikel 24 im englischen Original eindeutig definiert. Danach sind die Vertragsstaaten völkerrechtlich verpflichtet, das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit in einem inklusiven Bildungssystem zu gewährleisten.

Das Ratifizierungsdilemma für die Bundesregierung lag darin, die Zustimmung der KMK und der Bundesländer zu Artikel 24 zu bekommen. Dass die „eine Schule für alle“ trotz nachgewiesener Bildungsungerechtigkeit und miserabler Leistungsergebnisse des selektiven Schulsystems nicht das gemeinsame Ziel der 16 Kultusminister in der KMK ist, ist hinlänglich bekannt. Das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales musste also zu einem Übersetzungstrick greifen, um den Forderungsgehalt der Konvention zu verwässern. So wurde aus „Inklusion“ im englischen Original in der deutschen Übersetzung einfach „Integration“. Der Integrationsbegriff sollte die Konvention anschlussfähig erscheinen lassen an die deutschen Schulverhältnisse.

In dem Vertragsgesetz der Bundesregierung zur Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das zum 1. Januar 2009 in Kraft tritt, werden die bildungspolitischen Zielkonflikte mit Artikel 24 völlig verwischt durch die Behauptung, es gäbe schon „vielfältige Übereinstimmungen“ zwischen den deutschen Schulverhältnissen und dem Menschenrecht auf Bildung der Vereinten Nationen. Politisch wird der irreführende Eindruck erweckt, als ginge es lediglich darum, die Integration von Behinderten in das bestehende Regelschulsystem zu optimieren. Die grundsätzliche Unvereinbarkeit unseres ausgrenzenden und aussondernden Regel- und Sonderschulsystems mit dem Anspruch der Konvention auf vollständige Inklusion oder Einbeziehung und wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wird schlichtweg geleugnet.

Trotz aller Tricks der Politik: Völkerrechtlich gilt uneingeschränkt der englische Wortlaut der UN-Konvention. Behindertenverbände wie die Lebenshilfe und Elterninitiativen in der BAG Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen fordern jetzt die voll-

ständige Umsetzung der UN-Konvention ein. Sie können sich der Unterstützung all derer sicher sein, die „eine Schule für alle“ wollen. 2009 ist die Chance, ein wirksames zivilgesellschaftliches Bündnis pro Inklusion zu schließen.

Dr. Brigitte Schumann ifenici[at]aol.com

Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in der Zeitschrift PAEDAGOGIK, Heft 2/2009, S. 51 - 53. Wir danken der Redaktion für die Abdruckgenehmigung



Schulentwicklungsplan Sekundarstufe Interview mit Herrn Dr. Beck

Red.: Herr Dr. Beck, Sie haben unserer Redaktion bereits vor zwei Jahren ein Interview zum Thema Schulentwicklungsplan in der Sekundarstufe gegeben. Sie verwiesen auf die Verbindlichkeit des Schulgesetzes und auf die geringen Gestaltungsspielräume der Schulträger, die es aber in der Tat zu nutzen gelte. Hier nannten Sie mögliche Zusammenschlüsse von Realschule und Hauptschule zu Verbundschulen, Sie dachten über „Oberstufenzentren“ im Stadtsüden wie im Stadtnorden nach. Wie stellt sich für Sie heute die Ausgangslage dar? Eine Hauptschule, die Ewaldschule ist inzwischen aufgelöst worden. Werden weitere folgen?

Dr. Beck: Mit Sicherheit! Die Investitionen des Landes in den Ganztagsunterricht an Hauptschulen war ein letzter Versuch, „ein totes Pferd zu reiten“. Die Hauptschulen, die dort beschäftigten Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler sind die Leidtragenden einer ideologisch motivierten, verfehlten Schulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Das attestieren inzwischen ja selbst wichtige Organisationen, die der Union nahe stehen, wie die Bertelsmann-Stiftung oder das Institut der deutschen Wirtschaft.

Red.: Als die Auflösung der Ewaldschule deutlich wurde, haben Sie ein Modell in die Diskussion gebracht, die Ewaldschule als zweizügige Dependence zur Gesamtschule Berger Feld zu führen. Nun musste die Ewaldschule kurzfristig für das Abendgymnasium genutzt werden. Verfolgen Sie dennoch weiterhin die Planung, an Hauptschulstandorten Gesamtschuldependancen zu bilden?

Dr. Beck: Schuldependancen sind für mich grundsätzlich nicht erstrebenswert, sondern allenfalls Notlösungen. Ich hatte das von Ihnen angesprochene Modell in die Diskussion gebracht, weil sich die Landesregierung weigert, neue Gesamtschulgründungen zuzulassen. Wenn sich nach der Landtagswahl nicht neue Möglichkeiten ergeben – z. B. die Errichtung von Sek. I-Gesamtschulen, die mit einem Oberstufenzentrum kooperieren – werde ich diese Überlegung erneut in die Diskussion geben. Nicht mehr für Resse, aber z. B. für Hassel.

Red.: Wie sieht es aus mit dem Bestand der Gymnasien, speziell nach der Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien gemäß „G8“?

Dr. Beck: „G8“ führt aus Schulträgersicht zunächst dazu, dass die räumlichen Kapazitäten erhöht werden und damit der Raumbedarf für Mensaangebote gedeckt werden kann, ohne dass wir Anbauten wie bei der OGS im Grundschulbereich vornehmen müssen. Ein zweiter Effekt deutet sich landesweit an, nämlich dass ein Teil der Eltern, die sich über die Leistungsfähigkeit und –bereitschaft ihrer Sprösslinge nicht sicher sind, die Gesamtschule als Schulform wählen, die den jungen Leuten ein Jahr mehr Lernzeit bis zum Abitur gibt. Ich bleibe insgesamt bei meiner Prognose, dass aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Stadt in Buer ein vierzügiges Leibniz-Gymnasium ausreichen wird, um gemeinsam mit dem AvD und dem MPG den dortigen Bedarf zu decken und in der Gelsenkirchener Stadtmitte ein Gymnasialstandort aufgegeben werden kann.

Red.: Wie plant man in Gelsenkirchen auch bei der Entwicklung des Schulentwicklungsplanes die Kritik der UNESCO aufzugreifen, die dahin geht, dass die Schulerfolge von Migrantenkindern völlig unzulänglich sei, das gilt auch für die Forderung der UNESCO, die „Inklusion“ in Deutschland voranzubringen.

Dr. Beck: Das von mir geleitete Bildungsbüro und das Referat Erziehung und Bildung werden gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen konsequent jenen Weg weiter gehen, den ich gerne mit „Bildung von Anfang an“ bezeichne. Wir unter-

stützen Eltern von der Geburt ihres Kindes an bei ihren Erziehungs- und Bildungsaufgaben, legen hohe Standards an die Bildungsarbeit von Kindertageseinrichtungen, betreiben Übergangsmangement in die Primarstufe, von dort in die Sekundarstufe und schließlich in die Berufsausbildung. Wir setzen ein Sprachförderkonzept um, das von allen Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen gemeinsam getragen wird; wir fördern deutlich mehr Kinder und länger als vom Land kofinanziert und wir bieten Sprachcamps in den Ferien an.

Ich bin der Überzeugung, dass die im letzten Jahr deutlich gesunkene Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss mit der Umsetzung dieses Konzeptes zusammenhängt.

Ich habe mich im Übrigen über die deutliche Ansage der UNESCO zu unserem Schulsystem sehr gefreut. Unter Inklusion im Bildungsbereich versteht die UNESCO, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialem und ökonomischem Status. Das bedeutet letztlich, dass nicht der Lernende sich in ein bestehendes System integrieren muss, sondern das Bildungssystem die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigen und sich an sie anpassen muss. Damit geht „Inklusion“ deutlich über „Integration“ hinaus.

Wir werden in Gelsenkirchen zunächst als Zwischenschritt den „Gemeinsamen Unterricht“ ausbauen, Modelle längeren gemeinsamen Lernens erproben, um dann schließlich ein im Dialog von kommunalen Spitzenverbänden und Land NRW bzw. Kultusministerkonferenz zu entwickelndes inklusives System auch in Gelsenkirchen umzusetzen.

Red.: Was wünschen Sie sich, wie soll unsere Schullandschaft in Gelsenkirchen in 10 Jahren aussehen?

Dr. Beck: Ich möchte gerne noch erleben, dass wir eine „Schule für alle“ bis Ende der Klasse 10 umgesetzt haben. Eine Schule, in der aber auch ein anderer Unterricht stattfindet, der alle Sinne anspricht, Bewegungs- und kulturelles Lernen umfasst und jedes Kind seinen Begabungen und Neigungen entsprechend optimal fördert.

Als Schritt dahin möchte ich daran mitwirken, systemimmanente Segregation (Trennung von Schülergruppen) abzubauen. Deshalb müssen die Grundschulbezirke wieder eingeführt werden und konfessionelle Grundschulen (wie in fast allen anderen Bundesländern) abgeschafft werden.

Ich bin mir ganz sicher, dass das Ende des fünfgliedrigen Systems (Haupt-, Real-, Gesamt-, Förderschulen und Gymnasien) auch in Nordrhein-Westfalen bevorsteht.

Red.: Herr Dr. Beck, wir danken Ihnen für dieses Interview.

Religion & Kirchen Das Problem der Reinheit

Für das Gebet von Muslimen gibt es besondere Vorschriften. Sie sind in der Schule nicht umsetzbar. Eine Kritik des Berliner Urteil

Das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, wonach die staatliche Schule das rituelle Gebet eines Moslems in den Pausen zu dulden habe, hat zu sehr unterschiedlichen Reaktionen geführt. Im nachfolgenden Beitrag begründet Manfred Etscheid, warum im Urteil seiner Erfahrung nach weder die islamischen Gebetsvorschriften noch die Umsetzbarkeit des Urteils hinreichend bedacht wurden.

Vor einigen Jahren klagte der Vater meines Schülers Ali Gül (*Name geändert*) über den Schmutz in der Schule. Dann befürchtete er, dass die Schule das islamische Gebet nach Unterrichtsschluss nicht mehr zulassen wolle. Wenn schon das Gebäude die Schüler dazu erziehe, von den Grundsätzen der Sauberkeit, der Reinheit und der Ehrlichkeit abzuweichen, dann solle wenigstens das tägliche Gebet in der Schule sie wieder auf den Weg der Gebote Gottes und der Scharia zurückführen, befand er. Für Herrn Gül waren äußere Sauberkeit und innere, rituelle Reinheit eine Einheit. Nur die Einhaltung der Gebote der Scharia führe zu einem friedlichen Zusammenleben von Menschen hier auf Erden.

Wie aber sieht das Miteinander der Schüler verschiedener Religionen an der Schule aus? Solange es keinen islamischen Religionsunterricht gibt, können Muslime gleichberechtigt am konfessionell-christlichen Religionsunterricht teilnehmen, der oft kontrastiv gestaltet wird und so kein Grund zur Abgrenzung ist. Christen und Muslime sollen auch den Glauben der anderen kennen. Regelmäßig gehen Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern in eine Kirche, eine Synagoge oder eine Moschee, beachten den Rhythmus des christlichen und des islamischen Jahres.

Was nun das islamische Gebet angeht: Bevor Ali und seine Freunde in einem Klassenraum beten, vollziehen sie auf dem Flur den islamischen Reinigungsritus. Sie waschen sich Hände und Arme, Mund, Nase und Ohren, Füße und Beine. Denn nur die Menschen, die rituell rein sind, dürfen während des Gebetes Gottes Wort aus dem Koran in den Mund nehmen. Für sie gibt das Gebet eine Vorahnung von der ewigen Schau Gottes im Paradies. Muslime knien auf einem Gebetsteppich nieder; so ist auch der Boden, auf dem das Gebet stattfindet, rein. Als rituell Reine grenzen sie sich von der Unreinheit der Umwelt ab, auch der Schule.

Jeder Muslim, der nicht in der Moschee beten kann, hat das Gebet privat nachzuholen. Diese Vorschrift erinnert an katholische Klosterregeln: Das Gebet findet fünfmal täglich zu festen Zeiten statt – unabhängig vom Stand der Sonne, der bei den Muslimen Beachtung findet und dort zu leicht veränderten Gebetszeiten führt. Die betenden Katholiken sind rituell durch die Taufe rein. Der (rituell) reine Gebetsraum, die Kirche, ist als Abbild des himmlischen Jerusalems erkennbar. Das Kloster ist zum Gebet verpflichtet, wer nicht teilnehmen kann, hat das Breviergebet am selben Tag nachzuholen.

Daraus folgt: Eine öffentliche Schule ist weder Kloster noch Moschee. Noch nie wurde in ihr zum Angelus-Gebet aufgerufen. Warum sollte dann das muslimische Gebet einen festen Ort in der Schule haben? Auch der Gebetszeitpunkt nach Schulschluss entspricht nicht den islamischen Regeln. Gebete zu dieser Uhrzeit und ohne Aufruf durch den Muezzin sind – im Sinne der Scharia – nachgeholt Gebete; sie können auch zu einem späteren Zeitpunkt und an einem anderen Ort stattfinden.

Es geht bei diesen Gebeten in der Schule meiner Beobachtung nach nicht um die Einhaltung einer absolut verpflichtenden Glaubensregel, sondern um eine Demonstration, um eine symbolische Inbesitznahme eines Klassenraumes während der Pause beziehungsweise nach dem Unterricht.

Bei christlichen Schulgottesdiensten, die auf der Grundlage von Konkordat oder Staatskirchenvertrag anzubieten sind, gibt es eine Aufsicht durch die Schule. Diese können auch Atheisten sicherstellen. Wenn Muslime in der Schule beten, ist keine Aufsicht möglich, schon gar nicht durch eine menstruierende Lehrerin – auch nicht in einem Raum der Stille, den kein Schulbauprogramm kennt. Die Vorschrift, nach dem Unterricht das Klassenzimmer abzuschließen, kann nicht eingehalten werden. Die Schule kann die aus Gründen der rituellen Reinheit bedingte Ungleichbehand-

lung von Mann und Frau nicht dulden. Kurz: Beim muslimischen Gebet handelt es sich um eine außerschulische Veranstaltung.

Die Schulleitung beschied daher Herrn Gül, sein Moscheeverein möge über den Schulträger als Eigentümer des Schulgebäudes einen Raum für bestimmte Zeiten außerhalb der Verantwortung der Schule zum Gebet anmieten. Der Moscheeverein hat darauf bisher nicht reagiert.

Manfred Etscheid

Manfred Etscheid war bis zu seiner Pensionierung vor einem Jahr als Gesamtschullehrer in Köln tätig.

Beten in der Schule: Islamische Vorschriften kollidieren mit dem Schulalltag

Online Ausgabenarchiv • Publik-Forum Nr. 20 • 2009 vom 23.10.2009, Seite 43

Mobbing gegen kopftuchfreie Mädchen

Emma September/Oktober 2009

Beim letzten Besuch bei meiner Heilpraktikerin fiel mir die neueste Nummer von **Emma** in die Hand. Nach kurzem Durchblättern stieß ich auf den o. a. Artikel. „So weit ist es inzwischen schon“ klagt die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer. Für sie ist die *Freiheit zum Kopftuch* längst zur Bedrohung für alle Mädchen geworden, die keines Tragen. Emma schildert nun den Fall eines türkischstämmigen gut integrierten Mädchens, Aylin, 14 Jahre alt. Die Eltern entdeckten, dass sich das Mädchen immer mehr zurückzog, unter plötzlichen Ängsten, Appetitlosigkeit und ständigen Kopfschmerzen litt. Schließlich wollte Aylin nicht mehr zur Schule gehen. Ärzte, Kinder- und Jugendpsychotherapeuten wurden aufgesucht. In einem Gespräch zwischen den Eltern und der Psychotherapeutin wird dann die Ursache für das Krankheitsbild des Mädchens entdeckt: Mobbing.

„Wie nebenbei erwähnte Aylins Mutter dabei, dass die Zahl der Kopftuchträgerinnen an Aylins Schule stetig steige und ihre Tochter sich schon einmal über dumme Bemerkungen beklagt habe, die sie täglich zu hören bekam. Stil: "Willst Du aussehen wie eine Deutsche?" Oder: "Das Kopftuch ist unsere Ehre – hast Du keine?" Und: "Deinen Eltern ist es wohl egal, wie über Dich geredet wird." Die darauf angesprochene Aylin kämpfte mit den Tränen und sagte schließlich: "Es wird immer schlimmer. Und seit ich neulich im Ramadan mein Schulbrot ausgepackt habe, ist es ganz aus. Die Kopftuch-Mädels mobben mich total." Das also war der Grund für die Schulmüdigkeit der 14-Jährigen.“

Längst ist der Fall Aylin kein Einzelfall mehr. In Ballungszentren, mit einem hohen Anteil „konservativ muslimischer“ Familien, wird aus der „Freiheit“ zum Kopftuch schnell der Zwang.

Emma führt nun noch einmal den Leser bzw. der Leserin die Kopftuchdebatte vor Augen, dabei ist sie erkennbar parteiisch gegen das Kopftuch. So heißt es im Text *„Bis auf wenige Ausnahmefälle haben Mädchen aus konservativ-islamischen Familien überhaupt keine Wahl: Sie müssen das Kopftuch tragen und werden massiv unter Druck gesetzt wenn sie es nicht tun wollen – oder gar beken- nern, dazu gezwungen zu sein. Viele geben diesen Druck an ihre muslimischen Mitschülerinnen ohne Kopftuch weiter, sekundiert von ihren Eltern, die es als ihre Pflicht ansehen, alle Muslime zur wahren Glaubensausübung anzuhalten. Dass die meisten muslimischen Mädchen unter diesen Umständen beteuern, das Kopftuch "freiwillig" zu tragen, ist nicht verwunderlich – auf dieser Grundlage politische Entscheidungen zu treffen jedoch fahrlässig.“*

Parallel zur Islamisierung des äußeren Erscheinungsbildes treten erhebliche weitere Beschränkungen der Bewegungsfreiheit muslimischer Mädchen ein, die vom Kopftuch nicht zu trennen sind. Alterstypische Interessen und Freizeitbeschäftigungen wie Popmusik, das unbeaufsichtigte Treffen Gleichaltriger, Partys, Kino etc. sind für sie tabu. Im schulischen Bereich werden Forderungen nach partieller Befreiung von der Schulpflicht sowie Nicht-Teilnahme an Klassenfahrten immer lauter. In manchen Schulen gibt es inzwischen bereits keine Klassenfahrten mehr – einst integraler Bestandteil deutscher Schulkultur. Bei bis zu 75 Prozent muslimischer SchülerInnen haben Schulleiter und Lehrerkollegien kapituliert; nicht selten werden sie von den vorgesetzten Behörden im Stich gelassen.“

Dazu meint Emma *„Muslimische Kinder haben dasselbe Recht auf freie Entfaltung und umfassendes Lernen wie nichtmuslimische. Will ihnen das jemand vorenthalten, so muss der Staat für sie eintreten. Ein staatliches Kopftuchverbot für Schülerinnen wäre ein deutliches Signal, um dem Gleichheitsgrundsatz – eine der größten Errungenschaften der Zivilisation – für alle eine Chance zu geben. Allerdings steht den EinzelkämpferInnen für Freiheit und Gleichheit aller Schülerinnen und Schüler weiterhin eine pro-islamische Lobby gegenüber, die die Realitäten verschleiert. Schülerinnen, wie Aylin, und LehrerInnen, die einer immer stärker werdenden islamischen Interessenvertretung machtlos gegenüberstehen, wird jede Unterstützung verweigert.“*

Stattdessen werden unter dem Deckmantel von Toleranz und Integration Gleichheits- und Freiheitsrechte auch noch ausgehebelt. Ein trauriges Beispiel dafür ist die "Handreichung" von 2008 des nordrhein-westfälischen Integrationsministeriums, die den Umgang mit Islam und MuslimInnen in den Schulen lösungsorientiert unterstützen soll. Denn leider geht es darin wieder einmal nicht um die Vermittlung und Vertretung hierzulande gültiger unveräußerlicher Werte und Normen für alle SchülerInnen, sondern um die Sonderbehandlung und einseitige Privilegierung der MuslimInnen, deren religiös begründeten Sonderwünschen im Schulalltag so weit wie möglich Rechnung getragen werden soll. So verhindert man Integration und verfestigt Parallelgesellschaften – zum einseitigen Nachteil der muslimischen Mädchen. Im Kapitel über die Kleidungs Vorschriften wird der Eiertanz geradezu grotesk.“

Zurück zum Ausgangsfall, zu der 14-jährigen Deutsch-Türkin **Aylin**. Sie hat jetzt die Schule gewechselt und ist in ihrem neuen Umfeld aufgeblüht. Was für Aylin im Moment die beste Lösung ist, ist objektiv allerdings ein Sieg nach Punkten für die „mobgenden Kopftuchmädels“ und eine Schlappe für die freiheitliche Demokratie.

Und hier nimmt Emma noch einmal Stellung **„Ein generelles Kopftuchverbot in Schulen wäre die bessere Antwort.“**

An dieser Stelle möchte ich auch auf das zuletzt erschienene Buch der Islamwissenschaftlerin Rita Breuer hinweisen „Zwischen Ramadan und Reeperbahn“ (Herder TB)

gefunden und überarbeitet Mrosek



GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr
Dienstag und Mittwoch: 15:00 – 18:00 Uhr

Sprachkurs in Oxford

In meinem Sabbatjahr hatte ich nicht nur die Gelegenheit, EU geförderte Projekte in vielen europäischen Ländern zu besichtigen, sondern kam selbst in den Genuss einer großzügigen Förderung. 2 Wochen Sprachkurs in Oxford samt Aufenthalt in einer Superfamilie (eigenes Zimmer, eigenes Bad, Riesengarten zum Rauchen und Lesen, Halbpension), Flug, Transfer, Buswochenkarten, Taschengeld, alles finanziert von der EU.



Zuvor hatte ich wochenlang auf den Comenius – und PAD Seiten im Internet recherchiert. Schließlich fand ich die richtigen Seiten, suchte mir einen Kurs aus und lud die Antragsformulare aus dem Internet. Wie ich später erfuhr, entscheidet die Qualität der Antragsbearbeitung über die Zulassung. Nach langem Warten erhielt ich die Zusage und konnte mich an der Schule verbindlich anmelden, die Flüge buchen usw.

Die Lake School in Oxford kann ich uneingeschränkt empfehlen. Es ist eine kleine, privat geführte Schule, die regelmäßig vom British Council geprüft wird. In unserer Gruppe waren nur 9 Frauen (aus Finnland, Polen, Spanien, Türkei und Deutschland). Wir schufteten meist bis 16 Uhr und konnten neben den vielen Ideen, Unterricht spannender und lustiger zu gestalten, vor allem unsere Sprachkenntnisse verbessern (jede auf ihrem jeweiligen Niveau). Im Preis inbegriffen waren auch einige Unternehmungen (vgl. www.englishinoxford.com).

Wer mehr Informationen wünscht, kann sich gerne an mich wenden.

(brigittebecker@gesamtschule-berger-feld.de)

COMENIUS – Fortbildungsmaßnahmen im Schulbereich

Für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im europäischen Ausland stehen nordrhein-westfälischen Lehrkräften aller Fächer und aller Schulformen, Schulleiterinnen und Schulleitern sowie pädagogischem Fachpersonal Fördermittel zur Verfügung.

Gefördert werden für die Dauer von 1 bis 6 Wochen (Konferenzen auch kürzer)

Allgemeine berufsbegleitende Fortbildungskurse für Lehrende aller Fachrichtungen

Fremdsprachliche Fortbildungsmaßnahmen

- Fortbildungskurse für Fremdsprachenlehrkräfte (Methodik, Didaktik)
- Fortbildungskurse für Lehrkräfte, die sich zum Unterrichten von Fremdsprachen weiterbilden
- Sprachkurse für Lehrkräfte, die
- Sachfächer in einer Fremdsprache unterrichten,
- sich zu Fremdsprachenlehrern weiterbilden,
- eine weniger verbreitete Sprache erlernen (bezogen auf den Unterricht)
- an einer COMENIUS- Schulpartnerschaft mitarbeiten (in der Sprache der Partner)
- Praktika, Hospitationen an Schulen oder einer schulbezogenen Einrichtung

Teilnahme an Konferenzen bzw. Seminaren, die von einem europäischen Netzwerk oder Verband organisiert werden.

Ausschreibungen sind im Internet einsehbar unter: <http://ec.europa.eu/education/trainingdatabase>; auch weitere Kurse und Veranstaltungen sind förderfähig. Antragsformulare: www.kmk.org/pad/home.htm COMENIUS Fortbildungsmaßnahmen in Schulbereich.

Bitte senden Sie das Original des Antrags an den PAD in Bonn und eine Kopie auf dem Dienstweg an die Bezirksregierung Düsseldorf, Internationaler Austausch.

Stangenbrot mit Schafskäse

Zutaten für 1 Brot

350 g Weizenmehl Type 550
1 TL. Salz, 1 EL Olivenöl
20 g Frischhefe
200 ml warmes Wasser

Außerdem:

1 Zwiebel (ca. 70 g)
250 Schafskäse
1 EL gehackte Petersilie

Das gesiebte Weizenmehl mit dem Olivenöl in eine Schüssel geben.

Die zerbröckelte Hefe und das Wasser dazugeben und die Zutaten mit dem Knethaken der Küchenmaschine zu einem glatten Teig verkneten. Die Zwiebel schälen, fein würfeln, den Schafskäse in kleine Würfel schneiden.

Den Teig auf einer bemehlten Arbeitsfläche zu einem Rechteck (30 x 40 cm) ausrollen, mit den Zwiebeln, dem Schafskäse und der gehackten Petersilie bestreuen und von der langen Seite her aufrollen.

Das Brot auf ein mit Backpapier belegtes Backblech setzen, mit einer Schere ein Muster in die Rolle schneiden und an einem warmen Ort zugedeckt zur doppelten Menge aufgehen lassen.

Das Stangenbrot im auf 190 °C vorgeheizten Backofen 40 Minuten backen, aus dem Ofen nehmen und auf einem Kuchengitter erkalten lassen.



Buchbesprechung



Lektüre für die Reifeprüfung

Rechtsextremismus

Eine detaillierte und sachliche Darstellung der NPD

Ein Dementi klingt anders: Nein, pleite sei die Partei natürlich nicht, teilte der Leiter der NPD-Rechtsabteilung Frank Schwerdt in einer Pressemitteilung Anfang März mit. Sie werde „nur die Verwaltungstätigkeiten stark einschränken müssen“. Einmal mehr steckt die vom Bundesverfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Partei in finanziellen Schwierigkeiten, nachdem die Bundestagsverwaltung zuletzt im April dieses Jahres Fehler im Rechenschaftsbericht mit einer Strafe in Höhe von mehr als 2,5 Millionen Euro geahndet hatte. Vor wenigen Monaten wurde der ehemalige Schatzmeister der Partei Erich Kemna wegen Untreue zu einer Haftstrafe verurteilt – und gerade erst hat die Partei Selbstanzeige erstattet, weil Spendengelder „nicht auffindbar“ seien.

Zum Finanzchaos kommen interne Querelen. Der bisherige Parteichef Udo Voigt will sich auf dem Parteitag, der voraussichtlich im April stattfinden soll, zwar wieder zur Wahl stellen, hat aber kaum Chancen gegen den Fraktionschef im Schweriner Landtag Udo Pastörs. Der ebenfalls hoch gehandelte Andreas Molau hat gerade auf eine Kandidatur verzichtet, da der ultrarechte Flügel der Partei unter Führung des NPD-Vorstandsmitglieds Jürgen Rieger eine Rufmordkampagne gegen ihn führe.

Schlechte Stimmung also am rechten Rand – und im Superwahljahr 2009 wohl keine guten Voraussetzungen für die Partei, die in den vergangenen Jahren viele Wählerstimmen gerade im Osten geholt hat und die auf nicht weniger hinarbeitet als die „Machtübernahme in Deutschland“. So sehen es jedenfalls die beiden Journalisten Christoph Ruf und Olaf Sundermeyer in ihrem Buch „in der NPD. Reisen in die National befreite Zone“.

Staatsfeindlich Ruf und Sundermeyer haben akribisch recherchiert und sich in eine Welt begeben, die viele Demokraten lieber meiden. Sie sind im sächsischen Wahlkampfbus mitgefahren, haben an Festen der Rechtsextremen und ihren Aufmärschen teilgenommen und mit fast allen wichtigen Vertretern der Partei gesprochen.

Ihr Fazit ist eindeutig – und es wäre verheerend, ginge es angesichts der aktuellen Selbstdemontage

der NPD unter: Denn die ist eine „staatsfeindliche Neonazipartei“. Und solange nicht ausgemacht ist, dass die Rechtsextremisten sich selbst zerlegen, muss die Warnung vor den Zielen der Partei immer wieder wiederholt werden, damit es ihr eben nicht gelingt, die Demokratie „langfristig mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen“.



Christoph Ruf,
Olaf Sundermeyer:
In der NPD.
Reisen in die
National Befreite
Zone.

Verlag C. H. Beck,
München 2009,
229 S., 12,95 €

Sundermeyer und Ruf setzen auf Sachlichkeit, nicht auf moralische Empörung. Sie belegen in vielen detaillierten Schilderungen, dass die NPD versucht, sich in ihrer Außendarstellung als „pragmatische Wahlalternative“ zu gerieren, sich aber nach innen als Teil einer „revolutionären, nationalsozialistischen Bewegung“ definiert, deren Ziel der „Wiederaufbau des Deutschen Reiches“ ist. Bürgerliche Biedermänner wie der sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel mögen rhetorisch geschult sein und den Teufel tun, den Nationalsozialismus nach außen zu verherrlichen. Doch Erinnerungen wie die des ehemaligen Jenaer NPD-Vorstands Uwe Lauthardt, der nach wenigen Monaten die Partei wieder verließ, sprechen eine andere Sprache: Intern begrüße man sich mit dem Hitlergruß, singt das Horst-Wessel-Lied – oder spreche von den Güterzügen, „in die man die politischen Gegner, die Juden und die Ausländer stecken will, wenn man mal die Mehrheit im Land hat“. Jürgen Gansel, Abgeordneter im sächsischen Landtag, singe auch gern das Lied „Eine U-Bahn bauen wir – von Jerusalem bis Auschwitz“. Parteimitglieder, die aussteigen wollten, wachten in der Regel „auf der Nothilfestation auf“. Eine „Reifeprüfung“ für die Demokratie nennen Ruf und Sundermeyer das Wahljahr 2009. Ihr Buch könnte beim Bestehen dieser Prüfung helfen, denn es enthält alles, was man über die NPD wissen muss, um sie nicht für so harmlos zu halten, wie sie sich gibt.

Susanne Kailitz
Quelle: Das Parlament • Juli 2009

„Die Schule der Nation ist die Schule“

Aus aktuellem Anlass scheint uns geboten, auf diesen Grundsatz in Willy Brandts erster Regierungserklärung zurückzukommen. Er setzt sich damit von der altbekannten Formel „Armee als Schule der Nation“ entschieden ab und fordert die **„Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.“**

Wir erinnern daran, weil die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen. So sollen in diesem Jahr 40 Städte vom so genannten „Karriere-Treff“ der Bundeswehr angesteuert werden. Damit ganze Klassen das mobile Werbe-Event besuchen, werden Schulen angeschrieben, 2008 mehr als 1.700 Mal, doppelt so oft wie 2007. Für 2009 sind 599 Einsätze bei Jugend-Freizeit- und Bildungsmessen vorgesehen. Außerdem sind Arbeitsämter und Berufsberatung direkt an Schulen Ziel der Jugendoffiziere und so genannten Wehrdienstberater. Vielleicht gravierender als diese sichtbaren Auftritte sind Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare mit dem Strategiespiel POL&IS. Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr diesen Werbefeldzügen in Richtung Schule Tür und Tor geöffnet.

Im Kern all dieser Anstrengungen stehen Inhalte, die in der Gesellschaft höchst umstritten und oftmals mehrheitlich nicht akzeptiert sind. Zum Beispiel lehnen über 60 % der Bundesbürger und –bürgerinnen den Militäreinsatz in Afghanistan ab, bei der Entsendung der Tornado-Kampfflugzeuge waren es sogar 77 %.

Da zum Krieg entschlossene Regierungen nicht davor zurückschrecken, die Zustimmung von Bevölkerung und Verbündeten mit erfundenen Behauptungen zu erreichen, ist ein Unterricht, der die SchülerInnen zum kritischen Hinterfragen, zum Verarbeiten vielseitiger Information befähigt, gerade in dieser Frage, welche Rolle das Militär in der Gesellschaft spielt und spielen soll, unverzichtbar. Terrorismus und dessen Bekämpfung sind

durchaus wichtige Unterrichtsthemen. Dabei müssen allerdings wirtschaftliche und politische Ursachen ebenso beleuchtet werden wie die verheerenden Auswirkungen sowohl des Terrorismus als auch dessen militärischer Bekämpfung für die Zivilbevölkerung, aber auch für die Soldaten untersucht werden muss, ob militärische Einsätze überhaupt geeignet sind, Terrorismus sowie die ihm u. a. zugrunde liegenden globalen Verteilungs- und Armutsprobleme zu lösen. Ihnen müssen Lösungsansätze einer zivilen Friedenspolitik entgegengesetzt werden. Einsichten können die Schüler nur dann gewinnen, wenn die Interessenslage aller an den Konflikten Beteiligten offen gelegt wird. Dies gilt auch für die Strategiepapiere der Militärs. Die Bedeutung von Dämonisierung anderer Völker und Religionen sowie die Produktion von Feindbildern müsste in diesem Zusammenhang tiefgehend im Unterricht erarbeitet werden.

Erst wer über das ganze Problemfeld nachgedacht hat, wird als junger Erwachsener eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen können. Die potentiellen Soldatinnen und Soldaten, die sich einer zunehmend unsicheren sozialen Zukunft ausgesetzt sehen, werden mit Werbeversprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung bei sicherem „Arbeitsplatz“ umworben. Es geht dabei aber buchstäblich um Leben und Tod. Sie müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden. Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, indem sie sie zu Menschen erziehen, die verantwortungsvolle und wohl informierte Entscheidungen für ihre eigene Zukunft treffen können und nicht einer Werbekampagne zum Opfer fallen, die sie in ein tödliches Abenteuer leiten kann.

Dies wird Lehrerinnen und Lehrern besonders vor dem historischen Hintergrund abverlangt, dass Schule bei der Vorbereitung beider von Deutschland verschuldeter Weltkriege eine unrühmliche Rolle gespielt hat, indem sie die Bereitschaft propagierte, für Kaiser oder Führer und Vaterland zu sterben. Die Erfahrungen beider Weltkriege verlangen es, sich mit friedenspolitischen Strategien und der Demagogie bei der Vorbereitung von Kriegen auseinander zu setzen. Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die

mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.

Eine Unterschriftenliste zu dieser Resolution erhalten Sie bei Ihren GEW-Vertrauensleuten oder direkt unter folgendem Link: www.friedensforum-koeln.de

Feuilleton



Feuilleton



Feuilleton

Ein Gedicht zur aktuellen Lage:

Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten
tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier den Wert frisiert,
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus
heißt, Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen große Banken,
kommt die ganze Welt ins Wanken -
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen
hat der Kleine Mann zu blechen
und - das ist das Feine ja -
nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen -
ist halt Umverteilung pur,
stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen
das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

angeblich Kurt Tucholsky, 1930, veröffentlicht in "Die Weltbühne"

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
Einladung zur JHV am 17.02.2010	3
Einladung zur Fachgruppensitzung Grund- und Hauptschule	3
Bildungskonferenz Gelsenkirchen - Brief des Vorstands an OB Baranowski und Stadtrat Dr. Beck	3
Antwortbrief von Dr. Beck	4
Tätigkeitsbericht AG Masterplan Bildung	4
Netzwerke für mehr Bildung knüpfen	4
Unterrichtsversorgung: Landesbedienstete und Schule	7
Kinderschutz (Fachgruppensitzung Grund- und Hauptschule)	7
Impressum	7
Rechenschaftsbericht zur Vorstandsarbeit	8
Inklusion: eine Verpflichtung zum Systemwechsel	9
Schulentwicklungsplan Sekundarstufe – Interview mit Herrn Dr. Beck	12
Religion & Kirchen	13
Mobbing gegen kopftuchfreie Mädchen	14
Anschrift und Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle	15
Sprachkurs in Oxford	16
Rezept: Stangenbrot mit Schafskäse	17
Buchbesprechung	17
Die Schule der Nation ist die Schule	18
Feuilleton: Ein Gedicht zur aktuellen Lage	19
Inhalt	20
Feuilleton: Lego: und der Kampf geht weiter	20
Regionalisierte Schülerprognosen für NRW	20
Muss es sich eine Lehrkraft gefallen lassen, dass mittels Handy Film- oder Tonaufnahmen vom Unterricht gemacht werden?	21
Mähdrescher mit Peilsender	21
Contra rechtsextreme Frauen	21
Rungenbergschule in Gelsenkirchen gewinnt den Hauptpreis der GEW-NRW	22
GdP NRW –Aufbau einer separaten Wachpolizei	22
Mobbing: Hilfe am Telefon	22
Schlusspunkt	22
Burn-Out: Jeder Dritte Lehrer ausgebrannt	22
Die GEW ehrt ihre Jubilare	24
Einladungen:	
•Personalversammlung Grundschulen	24
•Personalversammlung Hauptschulen	24

Lego: und der Kampf geht weiter

Ein neues Lied, ein besseres Lied

O Freunde, wollen wir dichten!

Wir wollen hier auf Erden schon

Das Himmelreich errichten.

Wir wollen als Lehrer glücklich sein

Und wollen nicht mehr darben;

Wir wollen genießen mit rechtem Lohn

Was wir mit Fleiß erwarben

Es wächst hienieden Brot genug

Für alle Menschenkinder,

Nicht nur fürs hehre Beamtentum,

Für Angestellte nicht minder

Doch gutes Geld für jedermann,

Das wächst nicht auf den Bäumen.

Lasst alle uns kämpfen für dieses Ziel

Und es nicht nur erträumen.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,

Es klingt wie Flöten und Geigen!

Erst wenn das Geld im Kasten klingt

Wird unser Kampf ruhe schweigen

frei gedichtet nach

Heinrich Heine: Deutschland – ein

Wintermärchen

(GEW-Betriebsgruppe Gesamtschule Nettetal)

Regionalisierte Schülerprognosen für NRW

Es geht überall in NRW bergab mit der Zahl der Schülerinnen und Schüler.

Es geht aber keinesfalls überall im Gleichschritt bergab. Die Zahlenreihen der ‚Regionalisierten Schülerprognose‘ geben wertvolle Hinweise für die Schulstrukturdebatte in den einzelnen Kommunen in NRW und landesweit.

Landesweit sieht die Prognose für die Sekundarstufe I so aus: "Der Schülerbestand an den Hauptschulen wird weiterhin sinken, und zwar von 217.015 in 2008 bis auf rd. 161.200 in 2018; d. h. er wird bis zum Prognosehorizont um 26 %

abnehmen. Desgleichen wird der Schülerbestand an den Realschulen von 320.895 Schülerinnen und Schülern im Jahre 2008 bis auf 275.500 im Jahr 2018 abschmelzen; das beutet einen Rückgang um 14 % gegenüber den Ist-Zahlen 2008. Ab 2008 wird sich die Schülerpopulation in der Sekundarstufe I an Gymnasien kontinuierlich von 401.086 bis auf 291.500 in 2018 vermindern. Dann wird der Schülerbestand um 27,3 % niedriger als 2008 sein. Zu beachten ist hier aber, dass die Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien ab 2010 als neue sog. „Einführungsphase“ zur Sekundarstufe II zählt. Diese neue Zuordnung wird allein ursächlich einen „rechnerischen Schülerschwund“ in der Sekundarstufe I im Betrachtungszeitraum 2010 bis 2018 zwischen maximal 67.220 (2012) und minimal 58.600 (2018) Schülerinnen und Schülern bewirken. Der entsprechende Schülerbestand an Gesamtschulen wird weiterhin abnehmen und 2018 mit rund. 181.100 Schülerinnen und Schülern um 6,0 % unter demjenigen des Jahres 2008 liegen.“ Wir dokumentieren eine aktuelle Statistik von IT.NRW.

Muss es sich eine Lehrkraft gefallen lassen, dass mittels Handy Film- oder Tonaufnahmen vom Unterricht gemacht werden?

Dieser und anderen Fragen aus diesem Bereich geht der Rechtsanwalt Manfred Confurius, Rechtsanwalt in Hamburg, in seinem Aufsatz HANDYS IN SCHULE UND UNTERRICHT nach. Der Aufsatz ist erschienen bei www.schulmanagement-online.de. Er kommt zu folgender Feststellung:

Die Frage, ob sich eine Lehrkraft Tonmitschnitte oder Filmaufnahmen aus ihrem Unterricht gefallen lassen muss, kann man eindeutig mit nein beantworten. „Denn für Foto- und Filmaufnahmen gilt, dass jeder ein grundrechtlich geschütztes Recht am eigenen Bild hat. Jemand der nicht als Person der Zeitgeschichte (Filmstar, Politiker) gilt, muss um Erlaubnis gefragt werden. Andernfalls wird das Persönlichkeitsrecht verletzt.“

Bei Tonaufnahmen gilt im Prinzip nichts anderes. Auch, wenn der Unterricht vielleicht nicht als ein Ort des vertraulich gesprochenen Wortes gelten muss, ist es jedenfalls mit dem grundrechtlichen Schutz der Persönlichkeitsrechte nicht zu vereinbaren, wenn eine Lehrkraft quasi abgehört wird. Tonaufnahmen ohne Zustimmung sind daher ebenfalls unzulässig.“

Mr.

Mähdrescher mit Peilsender

Der „Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs“ (Foe-BuD) hat die BigBrotherAwards 2009 vergeben. PreisträgerInnen waren auch in diesem Jahr wieder Personen, Organisationen und Unternehmen, die besonders drastisch gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen haben. In der Kategorie „Arbeitswelt“ ging die „Auszeichnung“ an die Firma Claas Landmaschinen. Diese hatte ein Mähdreschermodell serienmäßig mit einem satellitengestützten Trackingsystem ausgestattet, um den Fahrer „noch besser zu machen“ – wie die Firma auf ihrer Internetseite verkündet. In der Laudatio des FoeBuD heißt es: „Für diesen Kontrollzwang, dem völligen Ignorieren von Persönlichkeitsrechten und der Wahnvorstellung, man könne mit Arbeitsklaven besonders produktiv arbeiten, gebührt der Firma der BigBrother-Award.“ In der Kategorie Wirtschaft erhielten mehrere Unternehmen den Award, die Produkte zur Überwachung von Telefonen und digitalen Daten vertreiben.

www.einblick.dgb.de/links



Contra rechtsextreme Frauen

Die IG Metall-Frauen klären mit einem Flyer über die Taktiken, Strategien und Einstellungen rechtsextremer Frauen auf. Das von den Medien vermittelte Bild eines „typischen“ Rechtsextremen sei: jung, männlich, gewalttätig. Trotzdem würden auch viele Frauen rechtsextreme Ideologien aktiv vertreten und verbreiten – unter anderem in Elternbeiräten von Kitas und Schulen oder als Mandatsträgerinnen in Kommunalparlamenten. Der Flyer entlarvt deshalb einige „rechte Slogans“ und Argumente, die auf den ersten Blick nicht unbedingt zu erkennen sind, und erklärt die ideologischen Hintergründe. Die Gewerkschaftsfrauen warnen vor allem vor dem rassistischen Menschenbild sowie dem völlig überkommenen Rollenverständnis der Neonazis, das auch von weiblichen Rechtsextremen propagiert wird.

www.einblick.dgb.de/hintergrund



Foto: Archiv

Rungenbergschule in Gelsenkirchen gewinnt den Hauptpreis -

Den Hauptpreis der GEW-NRW in Höhe von 150 EUR erhielt der Film "Thriller 2009" der Rungenberg-Förderschule in Gelsenkirchen, der von den Folgen einer ungewöhnlichen Mutprobe erzählt. Großer Jubel auch bei der 7a des ASG: Für ihren Film "Tu was!" erhielten die Schülerinnen und Schüler beim diesjährigen Schülerfilmfestival NRW den Hauptpreis des Ortsverbandes Marl-Dorsten-Haltern der GEW. Aus den 14 Filmen des Festivalprogramms wählte die Jury den ASG-Film für den mit 100 EUR dotierten Preis der GEW aus. Die sechs kleinen Spots zum Thema Zivilcourage zeigen in immer neuen Variationen das Wegsehen und die Gleichgültigkeit im normalen Schulalltag, wenn eigentlich Hinsehen und Eingreifen nötig wären. Einen weiteren Preis des GEW-Ortsverbandes in Höhe von 50 EUR erhielt die 4. Klasse der Waldschule Duisburg für ihre Märchenparodie "In der Mitte wird es finster". Den Hauptpreis des Festivals, eine dreitägige Reise nach Potsdam zur Filmhochschule Babelsberg mit anschließendem Besuch beim Rundfunk Berlin/Brandenburg und in den Filmstudios erhielten die Schülerinnen und Schüler/innen der Jahrgangsstufe 12 des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums in Düsseldorf für ihren Film "Das Leben ist kein Ponyhof".

Die **GdP NRW** lehnt den Aufbau einer separaten „Wachpolizei“ im bevölkerungsreichsten Bundesland ab. Eine solche „Billigpolizei“ gaukele den BürgerInnen Sicherheit nur vor. Für den Schutz von Einrichtungen oder Personen vor terroristischen Anschlägen sei diese „Wachpolizei“ ungeeignet. Stattdessen müssten ausreichend reguläre PolizistInnen neu eingestellt werden.

aus: einblick 21/09

Mobbing: Hilfe am Telefon

Das Freiburger Mobbing-Beratungstelefon hat mit einer Feierstunde sein zehnjähriges Bestehen begangen. Die Beratungshotline war 1999 eines der ersten Angebote dieser Art in Deutschland. Ins Leben gerufen hatte die Hotline der Industriepfarrer Werner Jahn – unterstützt vom DGB in Südbaden, dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). Zwar sei die Geschichte des Beratungstelefonats ein Erfolg, trotzdem stimme es auch „bedenklich, dass es einer solchen Einrichtung über so viele Jahre bedarf“, so DGB, KDA und KAB. Das Mobbing-Beratungstelefon ist dienstags und donnerstags von 17 bis 19 Uhr erreichbar. Tel. 0761 29280099.

www.mobbing-beratungstelefon.de

Schlusspunkt.



„Mir wurde gerade gesagt:
Gerechtigkeit war letztes Jahr.“

Sergej Lochthofen, Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen, während seiner Moderation auf der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung am 17. November. Lochthofen hatte zuvor gefragt, warum im Tagungsmotto „Freiheit – Demokratie – Mitbestimmung“ das aktuell viel diskutierte Thema „Gerechtigkeit“ fehle.

Quelle: einblick 21/09

Burn-Out: Jeder dritte Lehrer ausgebrannt

Dortmund. Eine neue Studie belegt: Lehrer sind extremen Belastungen ausgesetzt. Eine repräsentative Umfrage des Uniklinikums Freiburg unter Lehrern ergab, dass jeder fünfte Lehrer eigentlich krankgeschrieben werden müsste.

Bei jedem dritten seien Symptome für ein Burn-out-Syndrom nachweisbar, sagt der Autor der Studie, Prof. Joachim Bauer.

Für die repräsentative Studie wurden über tausend Lehrer an Hauptschulen und Gymnasien befragt.

Das Ergebnis ist besorgniserregend und widerlegt den verbreiteten Mythos, der Lehrerberuf sei eine gut bezahlte Halbtagsstätigkeit mit viel Urlaub. Laut den Forschungsergebnissen des Psychiaters arbeiten Lehrer im Schnitt 51 Stunden pro Woche, wobei sie zunehmend Schikanen ihrer Schüler ausgesetzt sind. Als Folge fühlen sich immer mehr ausgebrannt. In Hauptschulen treten die Probleme verstärkt auf.

Jeder vierte leidet an Erschöpfung

Den Angaben zufolge sind rund 30 Prozent der Lehrer überlastet. Etwa jeder vierte leide unter Erschöpfungszuständen, jeder fünfte an stressbedingten Gesundheitsstörungen wie depressiven Symptomen und Schlafproblemen.

Damit gehörten Lehrer zu den am stärksten vom Burn-out-Syndrom betroffenen Berufsgruppen. Begünstigt werde dies durch zwei Faktoren: Einerseits zeigten viele Lehrer eine hohe Bereitschaft, sich zu verausgaben - ohne Anerkennung zu erhalten. Andererseits hätten sie kaum Gestaltungsspielräume. Zugleich sollen sie den Erwartungen gerecht werden, die Schüler, Eltern und Politiker an sie stellen. Die Situation sei paradox: Lehrer sollen viel bewirken, dürften aber nur wenig entscheiden.



Sehr hohe Dunkelziffer

Dorothe Schäfer, stellvertretende Vorsitzende der Lehrgewerkschaft GEW-NRW, sieht viele nicht erfasste Burn-out-Fälle. „Wir haben eine sehr hohe Dunkelziffer.“ Betroffene melden sich meist nicht, „da sie sich persönliches Versagen vorwerfen“. Schäfer spricht von einem „dramatischen Problem“.

Es müsse unbedingt eine „bessere Kooperation zwischen Eltern und Lehrern“ geben, so Prof. Joachim Bauer. „Kinder brauchen Führung, sie brauchen eine klare Linie in der Schule und zuhause“, sagt der Psychiater. Viele Kinder seien außerhalb der Schule ganz auf sich gestellt. Experten sprechen in diesem Fall von „Wohlstandsverwahrlosung“.

„Die Anforderungen des Lehrerberufs sind gewaltig“, betont Bauer. Lehrer müssten nicht nur fach-

lich perfekt sein. Darüber hinaus sollten sie Kinder und Jugendliche mögen, wobei aber erwartet werde, dass sie ihre Schützlinge nicht nur empathisch behandelten, sondern zugleich auch energisch führen könnten - und dies möglichst ohne Frustrationen zu erzeugen. Zudem seien sie neuerdings einem hohen Maß an verbaler und körperlicher Aggressivität von Schülern ausgesetzt.

Akute Kränkungsereignisse

Vor allem jene Lehrer, die sich mit dem Beruf überidentifizierten und sich stark verausgaben, seien am häufigsten von Erschöpfungszuständen geplagt. Laut Bauer geht einem Burn-out meist ein „akutes Kränkungsereignis“ voraus wie etwa ein schwerer Lehrer-Schüler- oder Lehrer-Eltern-Konflikt.

INFO

Neun bis zehn Stunden Arbeit

- Schon Ende der 90er Jahre hatten Experten in NRW den hohen Einsatz vieler Lehrer gemessen. 6.500 Pädagogen wurden untersucht, die durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten lagen zwischen 1.750 und 1.980 Stunden (9 - 10 Stunden pro Schultag).
- Auffällig war die große Streuung der Werte. Es gibt demnach Pädagogen, die ausgesprochen viel arbeiten - und solche, die den Job eher leicht nehmen.
- Für Lehrer, die unter dem Burn-out-Syndrom leiden gibt es im Allgäu die Hochgrat-Klinik, die auf solche Fälle spezialisiert ist. hochgrat-klinik.de

Die Probleme werden nach Erkenntnissen des Wissenschaftlers oft schon im Referendariat akut: Bereits in dieser Phase der Ausbildung stellten viele Pädagogen fest, dass sie nicht ausreichend auf den Beruf vorbereitet worden seien, und entwickelten erste stressbedingte Gesundheitsbeschwerden.

Der Wissenschaftler arbeitet mit betroffenen Lehrern in so genannten Kriseninterventions-Trainings. Lehrer lernen dort Beziehungspsychologie, Körpersprache und den Einsatz ihrer Stimme. „Alles wichtige Faktoren, die sonst in der Ausbildung außer Acht gelassen werden“, so Bauer.

GEW und Joachim Bauer fordern als Konsequenz eine bessere Lehrerausbildung. „Bisher werden Lehrer kaum auf die Situation in der Schule vorbereitet“, so Bauer. Zudem müssten die Klassen verkleinert werden. Auch in NRW ist das Problem erkannt. Bereits mehrfach nahm das Schulministerium Kontakt mit dem Freiburger Experten auf.

Jubilarehrung am 18. November 2009 im Consol-Theater:



Foto: Margret Schröber

Die **Personalversammlung 2010** für die Kolleginnen und Kollegen an **Grundschulen** findet am **Dienstag, 9. März 2010, ab 13:00 Uhr mit einem kleinen Imbiss** in der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Gelsenkirchen-Erle statt. Einladungen durch den Personalrat ergehen gesondert. Frau Dr. Schumann wird zum Thema Inklusion zu referieren.

L. J.

Personalversammlung 2010
für **Hauptschulen** im
Regierungsbezirk Münster

Am **Donnerstag, 18. März 2010** findet im Barbarahaus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen, die 2. Personalversammlung im Regierungsbezirk Münster statt.

Bitte den Termin vormerken und teilnehmen.

K.-H. M.